TECHNISCHE UNIVERSITÄT WIEN
VIENNA UNIVERSITY OF TECHNOLOGY

Department für Raumentwicklung
Infrastruktur- und Umweltplanung

Fachbereich
Rechtswissenschaften
A-1040 Wien, Argentinierstraße 8
http://www.law.tuwien.ac.at

Arthur Kanonier

Wien, 7.5.2008

Regionale Betriebsgebiete

Institutionen und Maßnahmen zur Entwicklung von Betriebsgebieten

1. Ausgangslage

Durch die Widmung von Betriebsgebieten in kommunalen Flächenwidmungsplänen werden die jeweiligen Flächen für künftige Betriebsansiedlungen reserviert und stehen für anderswertige Nutzungen nicht zur Verfügung. Die tatsächliche Ansiedlung von Betrieben auf gewidmeten Flächen ist freilich durch eine entsprechende Widmungsausweisung keineswegs garantiert. Die Umsetzung planerischer Vorgaben ist allein durch Widmungsfestlegungen nicht gesichert und hängt insbesondere bei Betriebsansiedlungen von weiteren Faktoren und Maßnahmen ab. Für die Entwicklung von Betriebsstandorten sind abhängig von den räumlichen, wirtschaftlichen und bodenpolitischen Rahmenbedingungen differenzierte Maßnahmen erforderlich, die in der Regel weit über den Handlungsbereich der hoheitlichen Nutzungsplanung hinausreichen.

Bei Institutionen und Maßnahmen zur Entwicklung von Betriebsgebieten kann differenziert werden zwischen:

- **Kommunalen, regionalen, landes- oder bundesweiten Institutionen und Maßnahmen**
  Auf Bundesebene sowie in allen Bundesländern, teilweise auf regionaler Ebene (mehrere Gemeinden schließen sich zusammen) sowie in einzelnen Gemeinden und Städten sind Betriebsansiedlungorganisationen eingerichtet. Insbesondere in den letzten Jahren wurden vielfältige Institutionen auf bzw. zwischen den unterschiedlichen Verwaltungsebenen eingerichtet, um Betriebsansiedlungen zu fördern und zu unterstützen.
- **Rechtsgrundlage**
  Einzelne Bundesländer haben insbesondere zur Unterstützung raumplanerischer Zielvorgaben in den Raumordnungsgesetzen bzw. in Spezialgesetzen besondere Organisationen und Rechtsträger bestimmt, durch die – unter anderem – Betriebsansiedlungen gefördert werden. Daneben gibt es weitere Organisationen, die auf den allgemeinen rechtlichen Grundlagen, insbesondere des Zivilrechts, beruhen.
- **Aufgabenspektrum**
  Die unterschiedlichen Organisationen zur Förderung von Betriebsansiedlungen zeichnen sich in der Regel durch ein breit gefächertes Aufgabenspektrum aus, das unter anderem folgende Aspekte umfassen kann:
    - Flächenauswahl und -bewertung
    - Flächensicherung
    - Kostenschätzung
    - Begleitung bei Infrastrukturerschließung

- Verfahrens- und Förderungsberatung und -abwicklung
- Prüfung der Standortkriterien
- Vermarktung der Betriebszonen
- Kooperationsunterstützung
- Bestandspflege
- Standort-Informationssysteme

- **Organisationsstrukturen- und formen**

  Je nach Aufgaben- und Leistungsspektrum haben die einzelnen Institutionen unterschiedliche Organisationsstrukturen (insb. Geschäftsführung, Kuratorium, Aufsichtsrat) und -formen (insb. Gesellschaftsformen oder Vereine).

Neben den angeführten Differenzierungskriterien würden bei einer detaillierten Analyse der einzelnen Organisationen und der Aufgaben weitere Unterschiede ergeben, etwa bei den Budgets, der Gebarung, Geschäftsstellen, Projektabwicklung, Kontrollmechanismen.

Ein Österreich-weiter Vergleich bezüglich Institutionen und Maßnahmen zur Entwicklung von Betriebsgebieten zeigt ein schillerndes Spektrum an unterschiedlichen Organisationen und Maßnahmen, die dazu beitragen sollen, auf festgelegten Betriebsstandorten möglichst hochwertige Betriebsnutzungen zu realisieren und damit Unternehmensgründungen zu fördern und die Anreize für Betriebsansiedelungen zu setzen. Nachfolgend werden ausgewählte Organisationen kurz dargestellt, um einen Hinweis auf die vielfältigen Möglichkeiten bei Betriebsansiedlungsorganisationen und deren Aktivitäten zu geben. Neben den angeführten Organisationen gibt es eine Reihe von weiteren Institutionen zu den Themenumfeldern Immobilien, Wirtschaftsförderungen, Unternehmensberatung, Innovationsservice usw., die in der Praxis wesentliche zur Entwicklung von Betriebsgebieten beitragen können.

Die nachstehenden Ausführungen basieren im Wesentlichen auf einer Internetrecherche und den jeweiligen Angaben auf den Homepages.

2. Landesweite Organisationen zur Förderung von Betriebsansiedlungen

Alle Bundeländer in Österreich haben Organisationen eingerichtet, die Betriebsansiedlungen unterstützen sollen. Zu unterscheiden ist diesbezüglich zwischen Fonds und Gesellschaften, die durch spezielle gesetzliche Regelungen, insb. im jeweiligen Raumordnungsrecht, eingerichtet wurden, und sonstigen Landesorganisationen ohne spezifische Rechtsgrundlage.

2.1. Raumordnungsrechtliche Fonds und Gesellschaften der Länder

In den Bundesländern Kärnten, Salzburg und Tirol wurden spezielle Fonds gesetzlich eingerichtet, die vor allem die Gemeinden bei der Bodenbeschaffung unterstützen sollen. Darüber hinaus sind weitere Aufgaben den Fonds zugewiesen, die sich insbesondere auch auf die Entwicklung von Betriebsgebieten beziehen. Eine Gründung vergleichbarer Fonds oder Gesellschaften in Vorarlberg würde eine entsprechende gesetzliche Verankerung erfordern.

Kärntner Bodenbeschaffungsfonds

Rechtliche Grundlage für den Kärntner Bodenbeschaffungsfonds ist das Kärntner Bodenbeschaffungsfondsgesetz 1997. Der Ktn Bodenbeschaffungsfonds ist ein ausgegliederter Rechtsträger (eine Gesellschaft des Landes Kärnten); er wird als operatives Instrument der Raumordnung (und nicht der Wirtschaftsförderung) gesehen und hat gem. § 3 Kärntner Bodenbeschaffungsfondsgesetz folgende Aufgaben:

- Unterstützung der Gemeinden bei der Verwirklichung der Ziele der örtlichen Raumplanung durch die Gewährung von Förderungen für bodenpolitische Vorhaben
- Schaffung und Verbesserung der räumlichen Voraussetzungen für eine leistungsfähige Wirtschaft durch die Sicherstellung der künftigen Verfügbarkeit von großräumigen Vorranggebieten zur Ansiedlung von gewerblichen oder industriellen Betrieben und die entgeltliche Weitergabe solcher Grundflächen an öffentliche und private Planungsträger
- die treuhändige Sicherstellung der künftigen Verfügbarkeit geeigneter Grundflächen für den geförderten Wohnbau und zur Ansiedlung von gewerblichen oder industriellen Betrieben sowie die entgeltliche Weitergabe solcher Grundflächen an öffentliche und private Planungsträger im Auftrag der Gemeinden

Eine Förderung ist auf Antrag einer Gemeinde möglich und erfolgt über rückzahlbare Darlehen. Vorrangige Bereiche der Förderung sind:

- Ansiedlung und Standortverlegung von gewerblichen und industriellen Betrieben
- Einrichtungen des Gemeinbedarfs (z.B. Straßen- und Grünraum, Dorfplatz)
- Sicherung von Grundflächen für Tauschzwecke
- Maßnahmen zur Vermeidung oder Verringerung räumlicher Nutzungskonflikte

Der Fonds wird vom Geschäftsführer nach außen vertreten. Die Geschäftsführung und die Verwaltung des Fonds werden vom Kuratorium überwacht.

Land-Invest Salzburger Baulandsicherungsgesellschaft m.b.H.

Gemäß § 43 Slbg ROG wurde zur Unterstützung der Gemeinden bei bodenpoltischen Maßnahmen von der Landesregierung auf privatrechtlicher Basis eine Baulandsicherungsgesellschaft gegründet, die ausschließlich durch den Rechtserwerb an geeigneten Grundstücken für die Gemeinden treuhänderisch tätig sein darf. Als reine Landesgesellschaft sichert die Land-Invest in Salzburg erschwingliches Bauland durch den treuhändigen Kauf von Grundstücken für die Gemeinden oder besichert diese Flächen per Option für spätere Interessenten.

Aufgrund der engen Zusammenarbeit mit der Raumordnungsabteilung des Landes und den Gemeinden bietet die Land-Invest eine Vielzahl an Flächen für Betriebsansiedlungen an in Salzburg. Dabei handelt es sich sowohl um Flächen, die im Treuhandeigentum der Land-Invest stehen, als auch um Gewerbegebiete, die per Option gesichert sind oder für die Gemeinden angeboten werden.

Ein Gemeinschaftsprojekt von Land-Invest, Wirtschaftskammer, SIR Wirtschaftsservice und Salzburg Agentur hat eine Datenbank zum Schwerpunkt, in der das aktuelle Angebot an Salzburger Gewerbeimmobilien ist für jedermann unter der Adresse www.salzburgagentur.at oder www.standortsalzburg.com abrufbar ist.

Tiroler Bodenfonds

„Der Tiroler Bodenfonds hat sich in den zwölf Jahren seines Bestehens zu einem umfassend in Anspruch genommenen und zweifellos geeigneten Instrument der Vollziehung des Tiroler Raumordnungsgesetzes auf privatwirtschaftlichem Weg entwickelt. Mit seiner Hilfe konnte vielfach günstiges Bauland für die Bevölkerung und die Wirtschaft bereitgestellt werden. Der Landesrechungshof hat anhand ausgewählter Beispiele vor Ort die positiven raumordnerischen Auswirkungen festgestellt.“ (Tiroler Landerechungshof: Tiroler Bodenfonds, 2006, S 60)

Im Tiroler Raumordnungsgesetz wurde 1994 der Tiroler Bodenbeschaffungsfonds als Instrument der örtlichen Raumordnung eingerichtet, der seit der TROG-Novelle 2006 den Namen Tiroler Bo-

denfonds hat. Das Gesetz bestimmt bezüglich Bodenfonds unter anderem, dass es sich um einen Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit handelt, der die Gemeinden bei der Verwirklichung der Ziele der örtlichen Raumordnung unterstützen soll. Die Unterstützung besteht insbesondere aus dem An- und Verkauf von Grundstücken und deren Bevorratung. Damit ist die operative Tätigkeit – vom Marketing bis zum Vertragsabschluss und den finanziellen Abwicklungen – ebenso umfasst, wie das Management der vorgehaltenen Flächen – vom Verkauf bis zur Verwendung von Grundstücken zu Tauschzwecken. Zusätzlich können auch Zuschüsse an Gemeinden für den Erwerb von Grundstücken oder für infrastrukturelle Vorhaben erfolgen.

Als Organe sind in § 96 TROG der Geschäftsführer und das Kuratorium definiert. Nach § 93 TROG ist die Tätigkeit ist nicht auf Gewinn gerichtet, wobei der Bodenfonds möglichst kostendeckend zu arbeiten und seine Mittel zinsbringend anzulegen hat. Die Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht des Amtes der Tiroler Landesregierung führt die Kanzleigeschäfte des Bodenfonds.

Im Kalenderjahr 2005 hat der Bodenfonds 65 Projekte betreut, wobei im betreffenden Jahr sieben neu hinzukamen und vier endgültig abgeschlossen wurden.

Bei Gewerbeprojekten wurde mehrfach versucht, überregionale Lösungen für mehrere Gemeinden zu finden, wobei der Bodenfonds diesbezüglich in der Schaffung von Kooperationen zwischen den Gemeinden eingebunden ist.

Der Bodenfonds erwirbt meist Freiland, in einzelnen Fällen allerdings auch bereits gewidmetes Bauland. Wenn der Erwerb von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken der Erfüllung seiner Aufgaben dient, ist der Bodenfonds nach dem Tiroler Grundverkehrsgesetz 1996 begünstigt. Er kann als „Nichtlandwirt“ solche Grundstücke erwerben, ohne dass es einer Genehmigung durch die Grundverkehrsbehörde bedarf. Der Landesrechungshof weist darauf hin, dass die Grundstückspreise meist höher sind, als es der Nutzung oder der Widmung zum Zeitpunkt des Ankaufs entsprach, allerdings auch geringer, als wenn der Ankauf nach erfolgter Umwidmung abgewickelt worden wäre. Darin liegt auch ein wesentliches Ziel des Bodenfonds, Grundstücksspekulationen möglichst hintanzuhalten.

Der Verkauf der Grundstücke ist grundsätzlich Sache der Gemeinden, wofür diese meist eigene Richtlinien festlegen. Diese sehen vielfach eine ausschließliche Vergabe an Gemeindebürger vor, die bereits für einen bestimmten Zeitraum ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben.

Der Landesrechungshof stellt fest, dass der Bodenfonds in Bezug auf Verkauf von Gewerbegrundstücken relativ wenig aktive Marketingmaßnahmen setzt. Der Bodenfonds hat einerseits nicht die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen, um ein effizientes und nachhaltiges Marketing betreiben zu können, und andererseits hat das Land andere Einrichtungen mit diesen Aufgaben betraut. So zählt zu den wesentlichen (gesetzlichen) Aufgaben der Tiroler Zukunftsstiftung u.a. die Standortentwicklung, das Wirtschaftsstandort-Marketing, die Gründung von Unternehmen und die Ansiedlung bestehender wie neuer Unternehmen am Standort Tirol. Auch die in einzelnen Teilen Tirols installierten Regionalentwicklungsvereine zählen unter anderem das regionale Standortmarketing zu ihren Aufgaben.

Zu den Ausführungen des Landesrechungshofes über das Standortmarketing wird seitens der Landesregierung festgehalten, dass diesbezügliche Maßnahmen vom Bodenfonds intensiviert werden. Insbesondere für größere Gewerbegebiete werden jeweils unter Nutzung der Landesregierung Broschüren erstellt und eine Homepage gestaltet.

Tiroler Zukunftsstiftung

Die Tiroler Zukunftsstiftung (http://www.zukunftsstiftung.at/) ist ein öffentlich-rechtlicher Fonds des Landes Tirol (Trägerschaft zu 100% Land Tirol) mit dem gesetzlichen Auftrag, die Position des Wirtschaftsstandortes zu stärken, um dadurch bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Rechtliche Grundlage ist das Landesgesetz über die Errichtung der Tiroler Zukunftsstiftung, wonach im Interesse der Stärkung der Position Tirols im internationalen Wettbewerb ein

Fonds gebildet wird. Mit den Mitteln des Fonds sollen im Einklang mit ökologischen Interessen die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Tirol erhöht und die regionalen und sektoralen Strukturen verstärkt werden, um nachhaltig bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Schwerpunkt der Tätigkeit der Zukunftsstiftung bildet die Unterstützung von Unternehmen in Tirol. Als Standortentwicklungsagentur des Landes Tirol ist die Zukunftsstiftung zuständig für Gründung, Ansiedlung und Entwicklung von Unternehmen. Die Zukunftsstiftung unterstützt als Standortagentur des Landes Tirol Unternehmen und Forschungseinrichtungen einerseits mit einem eigenen Förderungsportfolio und durch Kofinanzierung der Bundes- und EU-Förderungsprogramme. Zusätzlich bietet die Tiroler Zukunftsstiftung den Unternehmen und Forschungseinrichtungen am Standort zahlreiche Serviceleistungen in den Bereichen Ansiedlungsberatung, Förderberatung, Regionsberatung und Technologieberatung an. Das jährliche Budget beträgt jährlich rund 7 Mio. €.

2.2. Allgemeine Betriebsansiedlungsorganisationen der Länder

Nachfolgen werden einzelnen Landeseinrichtungen angeführt, welche unter anderem die Förderung von Betriebsgebieten zur Aufgabe haben, jedoch nicht durch raumordnungsrechtliche Bestimmungen eingerichtet sind und demzufolge Raumordnungsziele nicht zwingend prioritäre verfolgen.

ECO Plus - Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich

Die Landesgesellschaft Ecoplus wurde vor mehr als 45 Jahren zum Zweck der Betriebsansiedlung in Niederösterreich gegründet. Ecoplus definiert sich heute als Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich und als Schnitt- und Servicestelle zwischen Wirtschaft und Politik, Unternehmen und Verwaltung, Investoren und Initiatoren regionaler Projekte. Ecoplus bietet Unternehmen, Projektträgern und KooperationspartnerInnen ein breites Servicepaket mit Beratung, Unterstützung und Information. Im Mittelpunkt der Tätigkeiten stehen die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich und die Unterstützung von Unternehmen. Unterstützungen beziehen sich auf die Ansiedlung oder Erweiterung eines Unternehmens, auf die Bereitstellung attraktiver Unternehmensstandorte, auf den leichteren Zugang zu Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, auf die Förderung von wichtigen regionalen Projekten, auf neue Kooperationen und Netzwerke

StandortAgentur Salzburg

Die StandortAgentur Salzburg ist Standortmarketing- und Betriebsansiedlungsgesellschaft von Land Salzburg und Stadt Salzburg. Die SalzburgAgentur agiert als one-stop-shop für all diejenigen, die an Investitionen in Salzburg interessiert sind. Sie bietet in- und ausländischen Unternehmen Unterstützung bei der Betriebsansiedlung oder bei der Suche nach Kooperationspartnern in Salzburg an.

Die StandortAgentur Salzburg unterstützt in- und ausländische Unternehmen bei ihren Investitions- und Ansiedelungsprojekten. Neben Standortberatung und -suche gehören die Unterstützung bei der raschen Abwicklung von Behördenverfahren, die Hilfe bei der Rekrutierung von geeignetem Personal ebenso zum Serviceangebot, wie die Suche nach passenden Kooperationspartnern oder die direkte Vermittlung zu den jeweiligen Experten, die für eine Ansiedlung in Salzburg nötig sind.

Entwicklungsagentur Kärnten

Die Entwicklungsagentur Kärnten GmbH, Zentrum für Innovation & Technologie, definiert sich als Partner für Unternehmen und öffentliche Institutionen. Sie ist eine privatwirtschaftlich organisierte Gesellschaft des Landes Kärnten, deren Aufgaben darin liegen, Innovationen, Kooperationen und Ansiedlungen von Unternehmen in Kärnten zu forcieren. Die Umsetzung der Dienstleistungen erfolgt einerseits über Projektdurchführungen sowie andererseits durch ein Servicepaket, das Aufgaben umfasst ua.:

- Regionale, nationale und internationale Vermarktung der Region Kärnten durch das Angebot eines One-Stop-Shop Services für Investoren und Unternehmen
- Aufbau und das Management von Standorten (Technologie- und Industrieparks, Impulszentren) für eine positive regionale Wirtschaftsentwicklung
- Mitwirkung und Initiierung von Infrastrukturprojekten wie Logistik und Breitband

Das Geschäftsfeld „Dienstleistungen & Services" der Entwicklungsagentur umfasst die Instrumente Betriebsansiedlung und Investorenservice sowie Bestandspflege (im Sinne von Bestandssicherung und -erweiterung der am Wirtschaftsstandort Kärnten befindlichen Unternehmen). Der Bereich Bestandspflege basiert auf einer Stärkung der bereits existierenden und in der Region verwurzelten Unternehmen, um deren Fortbestand und Konkurrenzfähigkeit zu sichern. Die Aktivitäten im Bereich der Bestandspflege betreffen einerseits das After-Care-Service (Betreuung nach erfolgter Betriebsansiedlung) und die Bestandspflege im Sinne der Betreuung von bestehenden Kärntner Unternehmen.

Standort- und Innovationsagentur des Landes Oberösterreich (TMG)

Die TMG ist als Ges.m.b.H. eingerichtet mit unterschiedlichen Gesellschaftern, wobei die Oö Landesholding die Hauptgesellschafterin ist. Die TMG gestaltet die oberösterreichische Standort- und Innovationspolitik mit und dient Unternehmen als zentrale Kontaktstelle für Betriebsansiedlungen in Oberösterreich. Die Leistungen der TMG inkludieren:

- Angebote von geeigneten Betriebsstandorten sowie verfügbare Investitionsstandorte und Projekte im OÖ Tourismus in Oberösterreich (eine eigene Standortdatei ermöglicht rasche Auskünfte über Betriebsgrundstücke, deren Infrastruktur und freie Gebäude)
- Abklärung von Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten
- Unterstützung bei Behördenkontakten und Genehmigungsverfahren
- Beratung bei der Suche nach Kooperationspartnern, Zulieferern und unternehmensbezogenen Dienstleistungen
- Beratung zur Findung von Mitarbeitern bzw. deren notwendigen Qualifizierungen

2.3. Interkommunale Institutionen

In einzelnen Bundesländern haben sich Gemeinden zusammengeschlossen und entsprechende Plattformen für Betriebsansiedelungen gegründet. Dieser Trend der interkommunalen Kooperation bei Betriebsansiedlungen verstärkt sich in den letzten Jahren Österreich-weit deutlich, wobei unterschiedliche Organisationsformen Anwendung finden. Beispiele dafür sind:

Interkommunale Betriebsansiedelung Oberösterreich (INKOBA)

In Oberösterreich schließen sich vermehrt Gemeinden zu Zweckverbänden zusammen, um eine verbesserte, gemeindeübergreifende Koordination von Planungsmaßnahmen zur Entwicklung von interkommunalen Industriegebieten zu erreichen. Die Initiative INKOBA steht für interkommunale Betriebsansiedlung und hat in Oberösterreich mehrjährige Tradition mehrere Gemeinden kooperieren bei der betrieblichen Standortentwicklung und der gemeinsamen Vermarktung. Die Bandbreite der Zusammenarbeit ist dabei vielfältig:

- Gemeinsame Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Betriebsstandorten bei Teilung der Kosten und Erträge
- Abstimmung von Schwerpunkten für einzelne Standorte in einer Region

- Gemeinsame Vermarktung von Standorten

Aktuell arbeiten in Oberösterreich 14 Verbände bzw. GmbHs interkommunal in der Betriebsansiedlung.

AREA m styria (http://www.areamstyria.com)

Die AREA m styria GesmbH ist als Plattform für Wirtschaftsentwicklung und als ein Instrument regionaler Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene in der Obersteiermark eingerichtet mit dem Ziel, Investoren und Unternehmen für die „High Tech- und Werkstoffregion Obersteiermark Ost“ zu gewinnen. Die Gesellschafter der GmbH die Gemeinden Leoben, Kapfenberg, Mürzzuschlag, Kindberg, Niklasdorf und Bruck an der Mur sowie das EU-Regionalmanagement Obersteiermark-Ost.

Die AREA m styria GmbH mit Sitz in Kapfenberg „steht als virtuelles Impulszentrum für die internationale Vermarktung der Region auf Basis der einzigartigen Kernkompetenzen Technologie und Werkstoffe. Ziel ist es, durch gemeinsame Strategien und Anstrengungen, Investoren und Unternehmen für die Region zu gewinnen. Die strategischen Konzepte und marketingpolitischen Aktivitäten der AREA m styria GmbH richten sich vorrangig an nationale wie internationale Innovatoren, Investoren und Unternehmensgründer im High-Tech-orientierten Kontext. Im Sinne einer Steigerung der regionalen Wettbewerbsstärke vernetzt und serviciert die AREA m styria GmbH auch die ansässigen Unternehmen.“

Zu den vielfältigen Aufgaben im Zusammenhang mit der Ansiedelung von Betreiben gehören unter anderem:

- Angebot von Industrieimmobilien und Gewerbezonen
- Operatives Marketing (durch Messeauftritte, Medienarbeit und Internet)
- One-Stop-Shop (eine Anlaufstelle für die vielfältigen Fragen bei Betriebsansiedlungen: Standortwahl, Infrastruktur, Kosten, Finanzierung & Förderung, Projektgenehmigung & Verfahrensabwicklung, Forschungs- & Entwicklungseinrichtungen, Personalsuche & Mitarbeiterqualifizierung)
- Standortentwicklung (Analyse und Bewertung der unterschiedlichen Standortfaktoren).

Zusätzlich werden Dienstleistungen im Wissens- und Informationsmanagement angeboten.

Regio L

Der Verein führt den Namen „Regio L – Regionalmanagement Bezirk Landeck” und hat seinen Sitz in Landeck. Grundsätzlicher Zweck des Regionalmanagements ist die Unterstützung einer eigenständigen und nachhaltigen Entwicklung des Bezirks und die Stärkung der regionalen Identität, insbesondere als Dienstleister für Betriebe und alle anderen Einrichtungen bei der Vorbereitung von regional bedeutsamen Projekten.

Der Regionalverein RegioL setzt gemeinsam mit der Tiroler Zukunftsstiftung die landesweite Initiative, den Wirtschaftsstandort bei Betrieben aktiv zu vermarkten, im Bezirk Landeck um. Die Betreuung ansiedlungsinteressierter Unternehmen findet zu einem erheblichen Teil im Wirkungsfeld der Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften, Kammern etc. statt. Der Verein Regio L ist in diesem Projekt Mittler und Dienstleister für seine Mitglieder.

2.4. Kommunale Institutionen

Vielfach werden einzelne Gemeinden selber aktiv, um ihre potentiellen Betriebsstandorte zu entwickeln. Einige (größere) Gemeinden haben eigene Institutionen eingerichtet, um unter anderem die Entwicklung von Betriebsgebieten zu fördern. Beispiele gemeindliche Aktivitäten sind etwa:

Standort- und Gründerzentrum Dornbirn

Zur Unterstützung von Betriebsansiedlungen hat die Stadt Dornbirn in Kooperation mit der Firma ISK Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung das Standort- und Gründerzentrum eingerichtet. Aufgabe des Standort- und Gründerzentrums ist die Unterstützung von

- ortsansässigen Betrieben bei der Suche nach neuen Standorten zur Betriebserweiterung
- neu hinzukommende Betriebe bei der Suche nach Standorten
- Betriebsneugründungen durch Unterstützung bei sämtlichen Behördenangelegenheiten und bei der Suche nach einem geeigneten Standort

Das Standort- und Gründerzentrum ist eine von der Stadt finanzierte jedoch aus der Verwaltung ausgegliederte Serviceeinrichtung, die jedem Interessierten formlos zur Verfügung steht und sämtliche mit der Stadt erforderlichen Abklärungen bzw. Kontakte koordiniert.

Grazer Bau- und Grünlandsicherungsgesellschaft (GBG)

Die GBG ist als Ges.m.b.H. eingerichtet und definiert sich als Immobilien- und Bauherrenunternehmen der Stadt Graz, wobei die Stadt Graz Eigentümerin der Gesellschaft ist. Der Erwerb, die Entwicklung, die Verwaltung und die Verwertung von Immobilien bilden die Betätigungsfelder der GBG. Aufgaben und Leistungen sind insbesondere:

- Grundstücksbevorratung
- Realisierung von Immobilienprojekten
- Kooperationspartner für PPP-Modelle
- Zusammenarbeit mit der Grazer Stadtverwaltung

2.5. Österreichweite Organisationen

Austrian Business Agency - Invest

Die Austrian Business Agency ist als Ges.m.b.H eingerichtet Austria und ist eine im Eigentum des Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit stehende Betriebsansiedlungsgesellschaft Die ABA-Invest hat anlässlich des 25jährigen Firmenjubiläums 2007 ihr Corporate Design umgestellt und verwendet nun statt Austrian Business Agency den Namen ABA-Invest in Austria, um den Unternehmenszweck klarer erkennbar zu machen. Sie berät interessierte Unternehmen kostenlos bei der Standortwahl, in arbeits- und steuerrechtlichen Fragen, hilft bei der Suche nach Kooperationspartnern und unterstützt im Kontakt mit Behörden.

Die ABA-Invest bietet Investoren kostenlos Information, Unterstützung und Beratung in folgenden Bereichen:

Sämtliche Aspekte des Themas Wirtschaftsstandort Österreich im Allgemeinen

- Standortsuche und -auswahl
- Suche nach geeignetem Firmensitz und Immobilien

- Fragen der Betriebsgründung und beratende Begleitung bei Betriebsgründung
- Förderungen und Finanzierungsmöglichkeiten
- Arbeits- und steuerrechtliche Fragen
- Suche nach österreichischen Beteiligungspartnern
- Alle standortrelevanten Fragen nach Projektrealisierung

Wien, 8.5.2008